1 **Andreas Becker** (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen
2 und Herren! Die Coronapandemie beschäftigt uns in diesem Hause in
3 vielen Facetten. Jetzt kommt eine Facette dazu, der Wohnungsmarkt.

4 Der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen der Bundesregierung hat
5 am 21. Mai eine Studie veröffentlicht, deren Ergebnisse keinen Zweifel
6 daran aufkommen lassen, dass die von der Bundesregierung –
7 wohlgermerkt: von der Bundesregierung – ergriffenen Maßnahmen zum
8 Schutz von Mietern und Eigentümern aller Voraussicht nach nicht
9 genügen werden, um zu verhindern, dass Mietkosten zu einer noch
10 größeren Belastung von Haushalten und zu einer echten Bedrohung
11 werden.

12 Miethaushalte ohne Rücklagen werden im Schnitt ab einem Verlust des
13 Haushaltseinkommens von 100 Euro im Monat finanziell durch
14 Wohnkosten überbelastet, müssen also bis zu 40 % ihres verfügbaren
15 Einkommens für das Wohnen ausgeben. Ab einem Verlust von 400 Euro
16 werden sie sogar stark überbelastet.

17 Dabei sind Haushalte in Großstädten wie auch in kleineren Stadt- und
18 Gemeindetypen gleichermaßen bedroht. Die wirtschafts- und
19 arbeitsmarktpolitischen Folgen der Coronapandemie werden also
20 unmittelbar und längerfristig die Wohnungsmärkte anspannen und den
21 Anteil der Mieten an dem verfügbaren Einkommen nach oben treiben.

22 In einer solchen Situation kommt es darauf an, den Schutz der
23 Mieterinnen und Mieter vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen
24 großzuschreiben. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen
25 machen aber genau das Gegenteil.

26 (Beifall von der SPD)

27 Sie schreiben den Mieterschutz klein, wollen ihn eigentlich, wie Sie es im
28 Koalitionsvertrag noch abgefeiert haben, abschaffen. Das, was Sie in Ihrer
29 sogenannten Mieterschutzverordnung festschreiben wollen, kommt dem
30 schon sehr nahe. In jedem Fall kommt es einer Aushöhlung des Schutzes
31 vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen bei Bestands- und Neumieten
32 gleich.

33 Statt wie bisher über 6 Millionen Haushalte sollen ab dem 1. Juli nur noch
34 weniger als 3 Millionen Haushalte in 18 von 396 Kommunen von
35 Mieterschutzrechten profitieren können.

36 Das ist nicht einmal ein Feigenblatt.

37 (Beifall von der SPD)

38 Unsäglich wie der Inhalt ist auch das Verfahren, mit dem Sie die
39 Mieterschutzverordnung in Kraft setzen wollen. Es unterstreicht, welchen
40 Stellenwert der Schutz der Rechte von Mieterinnen und Mietern bei Ihnen
41 hat.

42 Nach einem Bericht im Ausschuss wissen wir, dass dem Ministerium seit
43 Dezember 2019 ein Entwurf des Mantelgutachtens, das der
44 Mieterschutzverordnung zugrunde liegt, vorliegt.

45 Ich weiß nicht, wie viele Anträge die Oppositionsfraktionen im Plenum und
46 wie viele Anfragen sie im Ausschuss zur Zukunft der Verordnung zum
47 Mieterschutz gestellt haben. Ich weiß nur, dass die stoische Antwort der
48 Ministerin immer war, dass erst das Gutachten abgewartet werden muss.
49 Bis in den März hinein haben Sie das behauptet, obwohl Sie es seit
50 Dezember 2019 kannten.

51 Die Umwandlungsverordnung haben Sie sang- und klanglos zum 27.
52 März 2020 auslaufen lassen. Jetzt scheint es mir, als kämen Ihnen die

53 Coronapandemie bzw. die dadurch bestimmten eingeschränkten
54 Arbeitsmöglichkeiten des Parlaments gerade recht, um die anderen
55 Verordnungen zu schleifen und die Gebietskulissen zu verkleinern.

56 (Beifall von der SPD – Bodo Löttgen [CDU]: Was für ein
57 Schwachsinn! Sie glauben doch selber nicht, was Sie da
58 vorlesen! – Jochen Ott [SPD]: Aber so ist es doch!)

59 Einen Austausch von Abgeordneten mit Sachverständigen vor
60 Inkrafttreten der Mieterschutzverordnung wollen Sie jedenfalls nicht.

61 (Beifall von der SPD)

62 Ich ahne auch, warum nicht. Ihre Wohnungspolitik würde Ihnen dann
63 nämlich links und rechts um die Ohren gehauen.

64 (Beifall von der SPD)

65 Denn schon das Mantelgutachten, das die neue Mieterschutzverordnung
66 begründen soll, ist in einer schriftlichen Anhörung auseinandergenommen
67 worden – insbesondere von den kommunalen Spitzenverbänden. Deren
68 Stellungnahme gipfelt in dem Urteil – ich zitiere –:

69 Es ist „nicht gesichert, dass die vorliegende Analyse wissenschaftlich
70 belastbare Ergebnisse liefert und den politischen Auftrag erfüllt,
71 nämlich die Grundlage zu liefern, die auskömmliche Versorgung der
72 Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum abzubilden.“

73 Meine Damen und Herren, das ist so etwas wie eine Klatsche.

74 Die kommunalen Spitzenverbände haben jetzt in einem an die
75 baupolitischen Sprecher gerichteten Brief noch einmal nachgelegt und
76 darauf hingewiesen, welche Bedeutung die konkrete Ausgestaltung der
77 Mieterschutzverordnung in Form der vorgeschlagenen Gebietskulisse hat.

78 Ich zitiere noch einmal: Dies betrifft nicht nur unmittelbar den
79 Mieterschutz, sondern beeinflusst darüber hinaus sämtliche wohnungs-
80 und bodenpolitischen Instrumente auf kommunaler Ebene.

81 Die kommunalen Spitzenverbände haben noch einmal drei Punkte
82 aufgeführt, die sie aufgrund des engen zeitlichen Ablaufs erst jetzt
83 einbringen konnten. Es geht da um die vorliegenden Analysen zum
84 Wohnungsmarkt für den Sozialbericht des Ministeriums für Arbeit,
85 Gesundheit und Soziales, die Berücksichtigung aktueller
86 Wohnungsmarktanalysen auf lokaler Ebene sowie um die
87 Vorgehensweise in anderen Bundesländern.

88 Diese drei Aspekte stellen aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände
89 die gutachterlichen Schlussfolgerungen infrage. Deshalb ist es aus
90 unserer Sicht dringend geboten, all das noch einmal zu überdenken.

91 Ich appelliere daher noch einmal an die Landesregierung und die sie
92 tragenden Fraktionen: Peitschen Sie die neue Mieterschutzverordnung
93 nicht bis zum 1. Juli durch. Nehmen Sie die Bedenken der kommunalen
94 Spitzenverbände ernst, und überprüfen Sie die geplanten
95 Entscheidungen. Geben Sie dem Schutz der Mieterinnen und Mieter vor
96 ungerechtfertigten Mieterhöhungen den Stellenwert, den er gerade
97 angesichts der Ergebnisse der Studie des Sachverständigenrates für
98 Verbraucherfragen und der damit aufgezeigten Bedrohung für den
99 Wohnungsbau dringend braucht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

100 (Beifall von der SPD)

101 **Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-
102 Fraktion hat nach der Reinigung des Rednerpultes der Abgeordnete
103 Schrumpf das Wort.